

In der Bildungspolitik fehlt der Weitblick

Bildung und Forschung als bedeutsames Investitionsfeld brauchen Stabilität und Stetigkeit. Ständige Produktivitätssteigerungen in der Wirtschaft und komplexere demokratische Prozesse verlangen höhere Bildungskompetenzen für alle. Von Peter Sigerist

Bewahre - eine weihnächtliche Botschaft war das nicht: Die bundesrätliche Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation im Jahr 2012 (BFI 12) ist in schöne Worte eingepackt, aber finanziert wird kümmerlich. Zumindest drei wesentliche Punkte verkennt der Bundesrat: erstens die langfristige Bedeutung der Bildungsinvestitionen, zweitens den gemeinsam geäußerten Willen der Berufsbildungsakteure und drittens die Erfahrung aus der BFI-Botschaft 2007-11.

Der Bundesrat beschreibt in seiner Botschaft, wie die Schweiz weltweit einen Bildungs- und Forschungsspitzenplatz einnehme, erwähnt aber nicht, welche enormen Wachstumsraten bei den Bildungs- und Forschungsinvestitionen Länder wie Deutschland und China beschlossen haben. Die Vorsitzende der OECD-Bildungsminister-Tagung vom November 2010, Claudia Schmied, hat unter dem Titel «Auswirkungen der Krise auf das Bildungswesen bewältigen - Was haben wir gelernt?» gesagt: «Bildung muss mehr denn je als Investition und als Motor für langfristiges Wachstum und sozialen Zusammenhalt betrachtet werden. Wir brauchen mehr besser ausgebildete Menschen, um in unserer zunehmend globalen und vielgestaltigen Gesellschaft den künftigen Wohlstand zu sichern.»

Bildung und Forschung dürfen entsprechend nicht einfach dem politischen Tagesgeschäft und auch nicht einem allgemeinen, übergeordneten finanzpolitischen Ziel der «stabilen Staatsquote» unterworfen werden. Bildung und Forschung als zentrales Investitionsfeld brauchen Stabilität und Stetigkeit, verlangen doch die ständigen Produktivitätssteigerungen der Wirtschaft und die komplexeren demokratischen Prozesse in der Gesellschaft für alle höhere Bildungskompetenzen.

Diese Erkenntnis sollte nicht nur in Sonntagsreden, sondern auch im Prozess der Umsetzung der BFI-Botschaft Bestand haben. Mit nur 1,9 Prozent Wachstum über den ganzen BFI-Bereich (die EU-Programme können für den Vergleich mit der letzten BFI-Botschaft nicht mitgerechnet werden) wird der Bundesrat diesen Herausforderungen nicht gerecht. Im Übrigen hat uns Pisa 2010 gerade gelehrt, dass mit besonderen, zielgerichteten Massnahmen und Anstrengungen in Bildungssystemen Verbesserungen, insbesondere für die sozial Benachteiligten, erreicht werden können. Verschiedene Studien weisen nach, dass entsprechend erfolgreiche Bildungsausgaben von Gesellschaft und Staat bei den Sozial- und Strafvollzugskosten eingespart werden können.

Spätestens bei der Veröffentlichung des «Weissbuches» der Akademien der Wissenschaften der Schweiz wurde ein Kampf zwischen Anhängern der Berufs- und Anhängern der Allgemeinbildung entfacht. Der Bundesrat giesst mit der BFI-Botschaft 2012 Öl in dieses bildungszerstörerische Feuer, indem er ein Projekt der ETH besonders fördern, aber die Anliegen der 6. Nationalen Lehrstellenkonferenz nicht berücksichtigen will.

Am 25. 10. 2010 haben unter der Leitung von Bundesrätin Doris Leuthard die Spitzen der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) und der Sozialpartner vorgeschlagen, «den Anteil des Bundes an den Berufsbildungskosten der öffentlichen Hand möglichst rasch auf den gesetzlichen Richtwert von 25 Prozent zu erhöhen».

Der Bund hätte 2009 (fünf Jahre seit der Einführung des neuen Berufsbildungsgesetzes) diese 25 Prozent erreicht haben sollen. Er kommt hier seinen Verpflichtungen längst nicht nach. Im Gegenteil: In der Prognose von 2011 auf 2012 plant er sogar einen Rückgang.

Der Bund steht nach seinen eigenen Berechnungen mit 100 Millionen bei den Kantonen in der Kreide. Und genau diese Mittel fehlen diesen für die Stärkung der höheren Berufsbildung. Ohne diese zusätzlichen Pflichtmittel werden die Kantone die an der 6. Nationalen Lehrstellenkonferenz beschlossene Stärkung der höheren Berufsbildung im Interesse der Studierenden und der Volkswirtschaft nicht realisieren.

Der Bund muss hier dem Verfassungsartikel 63.2 («er fördert ein breites und durchlässiges Angebot im Bereich der Berufsbildung») gerecht werden. Für die BFI-Periode 2007-2011 gab es eine vergleichbare Ausgangslage: Der Bundesrat definierte eine Wachstumszielvorgabe von 4,5 Prozent. Die Gewerkschaften ergriffen darauf die Initiative und forderten gemeinsam mit den Arbeitgebern und den Kantonen ein Plus von 8 bis 10 Prozent. Diesem übergeordneten Ziel schlossen sich alle relevanten Bildungs- und Forschungsinstitutionen an. Die Akteure der Berufs- und der Allgemeinbildung erreichten damit gemeinsam, dass das Parlament ein Plus von 6 Prozent für den ganzen BFI-Bereich gegen den Willen des Bundesrates beschloss.

Alle bildungs- und forschungspolitischen Akteure weisen heute wiederum wie 2006 konkret nach, dass die bundesrätlichen Vorgaben für ein verlangsamtes Ausgabenwachstum gravierende Folgen hätten. Ebenso falsch wäre es, die Berufsbildung gegen die Allgemeinbildung auszuspielen. Einem solchen bildungspolitischen Binnenkonflikt kann aber nur mit einem generellen Bildungs- und Forschungsausbau begegnet werden. Das Parlament hat es auch 2011 in der Hand, wiederum die gleiche bildungspolitische Weitsicht zu haben wie 2006 und bereits für den BFI-Zwischenschritt 2012 nicht nur den ETH-Bereich, sondern auch den Berufsbildungsbereich entsprechend den Vorgaben der Lehrstellenkonferenz zu fördern.

Peter Sigerist ist SGB-Zentralsekretär Ressort Bildung.